

**ZA –Archiv Nummer 2397**

**Jugendliche und junge Erwachsene in  
Deutschland 1993**

**1993**

L14

ZA-Nr. 2397

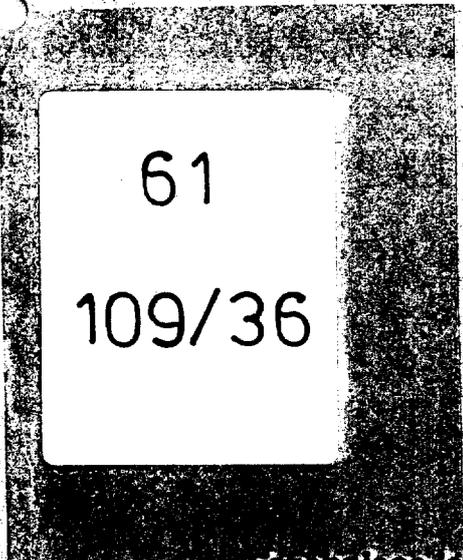
**ipos**

L 61

109/36  
T03

**JUGENDLICHE  
UND  
JUNGE ERWACHSENE  
IN DEUTSCHLAND**

**Februar/März 1993  
Bericht**



UNIVERSITÄT ZU KÖLN  
ZENTRALARCHIV  
FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG  
Inv. Nr. 93-202

**Ergebnisse jeweils einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage  
in den alten und neuen Bundesländern**

## **VORBEMERKUNG**

Hiermit legt i p o s einen ersten zusammenfassenden Bericht seiner im Februar/März dieses Jahres durchgeführten repräsentativen Umfragen in West- und Ostdeutschland vor.

Diese Studie wurde im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts (DJI) für den 9. Jugendbericht des Deutschen Bundestages durchgeführt.

Befragt wurden jeweils gut 1.000 deutsche Jugendliche und junge Erwachsene in Ost- und Westdeutschland im Alter von 14 bis 27 Jahren.

Die methodische Vorgehensweise ist im Anhang dieses Berichts ausführlich beschrieben.

Mannheim, den 8. April 1993

## **ANHANG**

### **Zur Methodik der i p o s - Jugendstudie 1993**

Die vorliegende I p o s - Jugendstudie basiert auf einer repräsentativen Umfrage in West- und Ostdeutschland. Damit unterscheidet sie sich deutlich von einer Reihe von anderen Jugendstudien u.a. auch den Shell-Jugendstudien.

In der einschlägigen Literatur ist es unstrittig, daß Mehrthemen-Untersuchungen grundsätzlich eine globale Repräsentativität erfordern. Dies setzt voraus, daß eine Zufallsstichprobe gezogen wird, da in der Regel nicht bekannt ist, welche Eigenschaften der Befragten für die Vielzahl der Themen jeweils relevant sind. Selbst wenn dies bekannt wäre, dürfte es wegen der thematischen Breite kaum möglich sein, für eine solche Untersuchung eine allen Fragestellungen gerecht werdende Schichtung bzw. Quotierung zu konstruieren.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich zu verdeutlichen, was globale Repräsentativität bedeutet. Im Gegensatz zur landläufigen Auffassung ist eine Umfrage nicht schon dann repräsentativ, wenn sie die zu untersuchende Grundgesamtheit - in diesem Falle die Jugendlichen von 14 bis 27 Jahren - in den wenigen kontrollierbaren Eigenschaften relativ gut trifft, sondern nur dann, wenn der die zufällige Auswahl sicherstellende Stichprobenplan möglichst genau erfüllt wird. Mit anderen Worten, es muß garantiert sein, daß jedes Element der Grundgesamtheit (also alle Jugendlichen) die gleiche Chance hat, für die Befragungsstichprobe ausgewählt zu werden.

Dies war in der Vergangenheit bei einer Vielzahl von Jugendstudien, insbesondere bei den Shell-Studien und auch der IBM-Studie, jedoch nicht gewährleistet. Dort wurden sogenannte Quotenverfahren benutzt, bei denen es im Ermessen der zum Einsatz kommenden Interviewer steht, wen sie befragen, vorausgesetzt, die zu befragende Person erfüllt bestimmte Eigenschaften, die sich zu meist auf Alter, Geschlecht, Ortsgröße und Bildungsabschluß beziehen. Darüber hinaus hat der Interviewer alle Freiheiten, auskunftswillige Personen nach eigenem Gutdünken auszuwählen. Zu welchen inakzeptablen Folgen ein solches Vorgehen führt, konnte bei der Shell-Jugendstudie 1985 nachgewiesen werden. Dort stellte sich bei einer Nachbefragung der Jugendlichen heraus, daß 86% der Befragten den Interviewer bereits vor dem Interview gekannt hatten, jeder fünfte Jugendliche sogar bereits bei einer anderen Befragung mit dem gleichen Inter-

viewer teilgenommen hatte.<sup>1</sup> Trotz der massiven Kritik an dem Quotenverfahren der Shell-Studie 1985 wurde offensichtlich bei der nachfolgenden Shell-Studie das gleiche Verfahren benutzt. In dem weit mehr als 1.000 Seiten umfassenden Bericht zur Shell-Studie 1992 finden sich zu diesem entscheidenden Punkt gerade einmal die beiden folgenden lapidaren Sätze: "Eine solche 'Quotenstichprobe' hat ihre Schwachstellen, die in der einschlägigen Methodenliteratur ausgiebig diskutiert worden sind; sie hat sich in der Praxis der Umfrageforschung als robustes, praktizierbares Verfahren bewährt."<sup>2</sup> An anderer Stelle wird die Diskussion über dieses Thema als "mehr akademischer Natur" bezeichnet und festgestellt, daß angeblich die "allgemeinen Verhältnisse und speziell die Datenlage in den neuen Bundesländern es nicht zuließen, eine Zufallsstichprobe" aufzubauen.<sup>3</sup>

Daß es sehr wohl möglich ist, wenn auch mit etwas höherem Aufwand, zur Befragung von Jugendlichen Zufallsstichproben zu verwenden, zeigt die vorliegende Studie. Allerdings konnte die früher durchaus noch realisierbare Art der Zufallsauswahl, bei der aufgrund der Meldeunterlagen eine Zufallsauswahl der zu befragenden Personen gezogen wurde, nicht mehr zum Einsatz kommen, da sich solche Verfahren bei großflächigen Umfragen, bei der eine Vielzahl kommunaler Meldebehörden kooperieren müßten, aufgrund der gestiegenen tatsächlichen oder nur vorgeschobenen datenschutzrechtlichen Restriktionen heute nicht mehr realisieren lassen. Deshalb kam bei der I p o s - Untersuchung der gleiche Stichprobenplan zum Einsatz, wie er häufig bei Bevölkerungsumfragen benutzt wird. Das heißt für Westdeutschland, wo telefonische Befragungen möglich sind, wurde eine nicht geklumpte Zufallsstichprobe aus der Gesamtheit der in den Telefonbüchern verzeichneten Haushalte nach dem sogenannten RLD-Verfahren<sup>4</sup> gezogen, wobei diejenigen Haushalte wieder aus der Stichprobe ausgeschieden wurden, in denen sich kein Haushaltsmitglied befand, das zu der hier untersuchten Grundgesamtheit gehörte. War in einem Haushalt mehr als eine Person vorhanden, die zur Grundgesamt gehörte, so wurde durch ein Zufallsverfahren (Geburtstagsschlüssel) die zu befragende Person ausgewählt. In Ostdeutschland, wo leider immer noch keine telefonischen Befragungen möglich sind, da die Vollversorgung der Haushalte mit

---

1 Hoag, Wendy: Der Bekanntenkreis als Universum: Das Quotenverfahren der Shell-Studie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38. Jg. 1986, S. 125 ff.

2 Jugend 92, Bd. 1, Opladen 1992, S. 21.

3 ebenda Bd. 4, S. 61.

4 vgl. dazu und zu den Besonderheiten des RLD-Verfahrens Jung, Matthias: Auf dem Weg zu einer besseren Datenqualität. Ein Zwischenbericht über die Erfahrungen mit telefonischen Umfragen, in: Schmitt, Karl: Wahlen, Parteieliten, politische Einstellungen, Frankfurt 1990, S. 389-412 und dort angegebene Literatur.

Telefonen noch lange nicht gewährleistet ist, mußte ein dreistufiges zufälliges Auswahlverfahren eingesetzt werden: In einem ersten Schritt wurden aus der Gesamtheit der Stimmbezirke bei der letzten Bundestagswahl, geschichtet nach Bundesländern und nach Parteianteilen, 165 Sample-Points zufällig ausgewählt. Auf einer zweiten Stufe erfolgte die Auswahl der Haushaltsadressen in jedem Sample-Point nach dem Random-Route-Verfahren, bei dem jeder Interviewer zufallsabhängige Informationen über die Auswahl der abzugehenden Straßen und die Auswahl der jeweiligen Privathaushalte erhält. In einer dritten Stufe wurden wiederum mit Hilfe eines Zufallsverfahrens (Geburtstagsschlüssel) dann aus den Mitgliedern jedes Haushaltes die Zielpersonen ausgewählt, die interviewt werden sollten.

Die Auswertung der Studie erfolgte gewichtet, da die haushaltsrepräsentative Stichprobe in eine Personenstichprobe transformiert werden muß, weil die Befragungschance eines Haushaltsmitgliedes umgekehrt proportional zur Zahl der Personen der definierten Grundgesamtheit in den jeweiligen Haushalten ist. Die Personenstichprobe wurde dann getrennt nach Bundesländern auf der Basis der amtlichen Repräsentativ-Statistik nach Alter und Geschlecht gewichtet, um die durch Random-Ausfälle aufgetretenen Verzerrungen zu beseitigen. Die so gewonnenen Umfrageergebnisse sind unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeitstheoretischen Grundlagen von Stichproben repräsentativ für die deutsche Bevölkerung in West- bzw. Ostdeutschland im Alter zwischen 14 und 27 Jahren. Da es sich um eine Zufallsstichprobe handelt, kann für jedes Stichprobenergebnis ein Vertrauensbereich angegeben werden, innerhalb dessen der wirkliche Wert des Merkmals in der Gesamtheit mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegt. So liegt beispielsweise bei einem Merkmalswert von 50% der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 46.8% und 53.2%. Beträgt die Merkmalsausprägung 10%, so liegt der wahre Wert zwischen 8.1% und 11.9%. Relativierend zu diesen Vertrauensintervallen ist zu sagen, daß diese eigentlich nur gelten, wenn eine 100%ige Ausschöpfung der zufällig gezogenen Haushaltsstichprobe realisiert werden würde, was aber in der Realität in Umfragen nie der Fall ist. Deshalb dienen diese Toleranzintervalle lediglich zu einer groben Orientierung.

Um zu den etwas mehr als 1.000 Interviews in Westdeutschland zu kommen, wurde eine Zufallsstichprobe von gut 8.000 Telefonnummern benutzt, die, soweit erforderlich, in der Zeit vom 5. bis 25. Februar 1993 mindestens siebenmal zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu kontaktieren versucht wurden. Dabei stellte sich heraus, daß in 6.000 erreichten Haushalten sich keine Person befand, die zu unserer Grundgesamtheit gehört:

### Ausschöpfungstabelle Westdeutschland

|   |      |               |
|---|------|---------------|
| 1.) Gesamtzahl der generierten Telefonnummern   | 8032 |               |
| 2.) nicht existente generierte Telefonanschlüsse (ca. 7%)                                     | 142  |               |
| 3.) somit Gesamtzahl der benutzten existierenden Telefonnummern                               | 7890 |               |
| 4.) davon gehörten nicht zur Grundgesamtheit (keine Zielperson im HH, Geschäftsanschluß o.a.) | 6000 | 76,0% von 3.) |
| 5.) somit verbleibendes Brutto  | 1890 |               |
| 6.) davon in Feldzeit kein HH-Kontakt   | 586  | 31,0%         |
| 7.) Zahl der HH mit Kontakt   | 1304 | 100%          |
| 8.) Ausfälle:   |      |               |
| a) Kontaktperson im HH verweigert   | 122  | 9,4%          |
| b) Zielperson in Feldzeit nicht erreichbar  | 74   | 5,7%          |
| c) Zielperson verweigert Teilnahme  | 39   | 3,0%          |
| d) Abbruch  | 15   | 1,2%          |
| e) Sonstiger Ausfall  | 39   | 3,0%          |
| 9.) Realisiert  | 1015 | 77,8% von 7.) |

Zu 586 Haushalten konnte somit in der oben genannten Feldzeit kein Kontakt hergestellt werden. Somit verblieben 1.304 Haushalte mit Personen, die zur Grundgesamtheit gehörten, als Basisstichprobe. Davon konnten in 1.015 Fällen Interviews erfolgreich durchgeführt werden (77,8%). Dies ist eine deutlich höhere Ausschöpfungsquote, als dies beispielsweise bei den repräsentativen Bevölkerungsumfragen zum Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen üblich ist, wo Ausschöpfungsquoten von etwas über 60% die Regel sind.

In Ostdeutschland, wurden in 165 Sample-Points in der Zeit vom 7. Februar 1993 bis zum 2. März 1993 1.190 Interviews realisiert. Dazu wurden 3.935 zufällig ausgewählte Privathaushalte kontaktiert. Dabei stellte sich in 1.860 Fällen heraus, daß keine Person, die zur Grundgesamtheit gehört, den kontaktierten Haushalten angehörte:

### Ausschöpfungstabelle Ostdeutschland

|   |      |               |
|---|------|---------------|
| 1.) Gesamtzahl der ausgewählten HH  | 3935 |               |
| 2.) davon gehörten nicht zur Grundgesamtheit (keine Zielperson im HH, Geschäftsanschluß o.a.) | 1860 | 47,3%         |
| 3.) somit verbleibendes Brutto  | 2075 |               |
| 4.) davon in Feldzeit kein HH-Kontakt   | 324  | 15,6% von 3.) |
| 5.) Zahl der HH mit Kontakt   | 1751 | 100%          |
| 6.) Ausfälle:   |      |               |
| a) Kontaktperson im HH verweigert   | 295  | 16,8%         |
| b) Zielperson in Feldzeit nicht erreichbar  | 86   | 4,9%          |
| c) Zielperson verweigert Teilnahme  | 172  | 9,8%          |
| d) Sonstiger Ausfall  | 8    | 0,5%          |
| 7.) Realisiert  | 1190 | 70,0% von 5.) |

Auch in Ostdeutschland wurde eine überdurchschnittlich gute Ausschöpfung erzielt. In beiden Teilen Deutschlands ist dies in erster Linie auf die außerordentliche hohe Teilnahmebereitschaft (und Erreichbarkeit) der 14- bis 17jährigen Jugendlichen zurückzuführen.

Bei der Konzeption der Feldarbeit stand ipos und die Kommission des 9. Jugendberichts vor der Frage, ob man in Westdeutschland die Umfrage als telefonische oder als face-to-face-Befragung durchführen sollte. Diese Frage stellte sich nur unter der Perspektive der Vergleichbarkeit der Ergebnisse von West und Ost, da in Ostdeutschland aufgrund einer nach wie vor unzureichenden Versorgung der Privathaushalte mit Telefonanschlüssen eine telefonische Befragung unter der Prämisse einer repräsentativen Stichprobenziehung nicht möglich ist.

Nach eingehender Diskussion und auf der Basis der Erfahrungen von ipos und der Forschungsgruppe Wahlen seit dem Februar 1990 fiel die Entscheidung zugunsten einer Telefonumfrage in Westdeutschland. Ausschlaggebend dafür war die wesentlich höhere Qualität, die bei Telefonumfragen erreicht wird. Parallel dazu wurden durch entsprechende Fragebogengestaltungen die Kompatibilitätsprobleme zwischen face-to-face und Telefon minimiert.

Neben inhaltlichen Kriterien war diese Kompatibilität von Telefon- und face-to-face-Fragebogen ein wichtiges Testkriterium des im Januar 1993 durchgeführten Pretests. Bei der von I p o s vorgenommenen Pretest-Analyse zeigten sich dabei nur geringfügige Probleme hinsichtlich der Vergleichbarkeit der verwendeten Erhebungsmethoden bzw. den notwendigen Differenzierungen bei einigen wenigen Frageformulierungen. Diese wurden auf der Grundlage des Pretest-Ergebnisses soweit wie möglich harmonisiert.

Die höhere Datenqualität bei Telefonumfragen resultiert in erster Linie aus wirksameren Kontrollmöglichkeiten und fehlenden Anreizen für die Interviewer unkorrekte oder gefälschte Interviews abzuliefern. Bei den face-to-face-Interviews haben die Interviewer den Auftrag, in teilweise weit entlegenen Sample-Points Haushalte aufzusuchen, und eine zufällig auszuwählende Person zu befragen. Treffen die Interviewer niemanden im Haushalt an, oder ist die zu befragende Person bei dem Besuch nicht anwesend, müssen sie noch bis zu dreimal den Haushalt aufsuchen, was u.U. heißen kann, weite Wege wiederholt zurückzulegen. Da keine Kontrolle der tatsächlichen Arbeitszeit in diesen Fällen möglich ist, ist eine Bezahlung der Interviewer lediglich nach Stücklohn realisierbar. Damit gibt es unvermeidlicherweise ausreichend Anreize, diese als aufwendig empfundenen Prozeduren "abzukürzen" bis hin zu einer Befragung irgend einer gerade anwesenden Person oder auch das Ausfüllen der Fragebogen zuhause durch den Interviewer. Da jedoch die strenge Einhaltung der Auswahlverfahren der zu Befragenden die einzige Gewähr für repräsentative Ergebnisse darstellt, sind bei hohen Ansprüchen an die Datenqualität solche den face-to-face-Interviews immanente Qualitätsmängel nicht akzeptabel. Auch bei noch so umfangreichen und sorgfältigen Kontrollen der Institute lassen sich solche Vorkommnisse nie gänzlich abstellen. Hinzu kommen noch weitere Probleme, die sich aus der aus Kostengründen notwendigen Klumpung von Interviews in Sample-Points ergeben.

Bei den telefonischen Befragungen hingegen sitzen alle Interviewer in den instituteigenen Telefonstudios unter ständiger Kontrolle durch geschulte Supervisor, die die Einhaltung aller Vorschriften sicherstellen können und auch bei Problemen jederzeit Hilfestellung anbieten können. Desweiteren ist eine Entlohnung der Interviewer nach ihrer tatsächlichen Arbeitszeit (Stundenlohn) möglich, weshalb jeder Anreiz zum Datenfälschen für die Interviewer entfällt. Da alle Punkte im Befragungsgebiet via Telefon leicht zu erreichen sind, ist auch die Klumpung von Interviews in Sample-Points nicht notwendig, was eine viel bessere Streuung der Interviews über die Gesamtpopulation ermöglicht. Daneben

lassen sich am Telefon höhere Ausschöpfungsquoten erreichen, da dabei der Befragte keinen völlig fremden Menschen in seine Wohnung lassen muß.

Aus diesen Gründen wollten die Autoren dieser Studie nicht auf einen höheren Qualitätsstandard in Westdeutschland zugunsten einer rein formalen Gleichartigkeit der Erhebungen in Ost und West verzichten.

Die Forschungsgruppe Wahlen und ipos haben 1987 und 1988 vor der damaligen Umstellung des Politbarometers von face-to-face auf Telefon eine Reihe von Experimenten durchgeführt, bei denen u.a. auch mehrere identische Umfragen zeitgleich mit beiden Erhebungsmethoden durchgeführt wurden. Dabei zeigte sich im großen und ganzen eine gute Vergleichbarkeit der Ergebnisse, jedenfalls dann, wenn die Fragestellungen inhaltlich und technisch-formal nicht sehr komplex waren. Probleme ergaben sich bei einer Reihe von Skalentypen. Bewährt hat sich jedoch die Benutzung der -5/+5-Skala, die im Interview als Analogie zu einem Thermometer angesprochen wird. Es zeigte sich jedenfalls, daß es sehr wohl möglich ist, telefonisch und face-to-face erhobene Daten zu vergleichen, wenn man beide Fragebogen an der Telefonsituation ausrichtet. Dies bedeutet vereinfachend gesagt, daß kurzen, schnell auf den Punkt kommenden Fragen generell der Vorzug zu geben ist. Dies hat zudem den Vorteil, daß dadurch sehr oft explizite oder implizite Mehrdimensionalitäten von Fragen vermieden werden. Einfache Fragen werden zudem der Verarbeitungsfähigkeit der Durchschnittsbefragten wesentlich eher gerecht. Schließlich muß man sich immer vor Augen halten, daß die meisten Befragten sich für das Thema der Befragung nur wenig interessieren - auf jeden Fall wesentlich weniger als alle an der Konstruktion des Fragebogens und der Interpretation der Ergebnisse beteiligten Personen.

Bei der Gestaltung der Fragebogen für Ost- und Westdeutschland wurde deshalb alles vermieden, was zu einer Beeinträchtigung der Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen Ost und West hätte führen können. Dabei konnte auf die vielfältigen Erfahrungen des Politbarometers zurückgegriffen werden, das ebenfalls seit Anfang 1990 vergleichend erhoben wird, in Westdeutschland als telefonische Umfrage und in Ostdeutschland als face-to-face-Studie.